

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, der 13. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen sehr herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren zahlreichen Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Wahl eines Mitglieds des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/482

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung über den Wahlvorschlag aller fünf Fraktionen. Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann ihm nicht seine Zustimmung geben? – Wer Enthalt sich? – Somit ist der **Wahlvorschlag Drucksache 15/482 angenommen** und Herr Kisseler als Mitglied des Landesrechnungshofs gewählt.

Ich darf Herrn Kisseler, der heute mit seiner Familie auf der Tribüne Platz genommen hat, im Namen des Hohen Hauses gratulieren und ihm viel Erfolg in seinem neuen Aufgabengebiet wünschen. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2 Atompolitik von Kanzlerin Merkel und Atomminister Röttgen spaltet die Gesellschaft

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/519

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 8. November 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem ge-

nannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktionen Herrn Abgeordneten Eiskirch für die Fraktion der SPD das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bundesminister Norbert Röttgen hat in der Nachrichtensendung „Berlin direkt“ am 7. November dieses Jahres gezeigt, wie weit er von den Menschen entfernt ist, wie weit er von der Realität in diesem Lande entfernt ist. Er hat sich allen Ernstes zu der Behauptung verstiegen, die Frage der Endlagerung sei völlig unabhängig von der Laufzeitverlängerung zu betrachten. Muttis Klügster versucht zu suggerieren, längere Laufzeiten seien nicht gleichbedeutend mit mehr Atommüll. Das ist, Kolleginnen und Kollegen, mit Verlaub schlicht und ergreifend Unfug.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die offene Endlagerfrage ist und bleibt die Achillesferse des Atompaktes, den Kanzlerin Merkel im Hinterzimmer mit der Energiewirtschaft ausgehandelt hat. Wir erinnern uns: Der eigentlich für die Reaktorsicherheit zuständige – man könnte das eine oder andere Mal den Eindruck haben, dass er dafür nicht zuständig ist – Bundesminister Röttgen hatte nach den Geheimgesprächen mitgeteilt, dass er nicht dabei gewesen sei, weil er nachts schlafe. In genau diesen Nachtstunden hat die Kanzlerin den Energiemultis eine Lizenz zum Gelddrucken ausgestellt, Kolleginnen und Kollegen. So ist das gewesen. Das ist gut für die Energiemultis, aber schlecht für die Menschen bei uns im Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zu den Demonstrationen: Eines ist klar: Es gibt gewaltbereite Chaoten. Ich bin mir sicher, diese Art von Demonstrationen unterstützt niemand hier im Haus.

(Zurufe von der CDU: Na, na?)

– Nein. – Diese Chaoten sind aber klar in der Minderzahl. Ihre Anzahl ist gering und vor allem seit langem konstant. Die Anzahl der friedlichen Demonstranten hingegen hat sich vervielfacht, und das muss Ihnen doch zu denken geben, Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Noch einmal – Sie brauchen das gar nicht zu versuchen –: Für die Chaoten trägt die Opposition keine Verantwortung, auch wenn das von Ihrer Seite derzeit als billiges Ablenkungsmanöver versucht wird. Aber für den rapide anwachsenden Protest der De-

monstranten, für die Größe des Protestes gibt es einen unverantwortlichen Auslöser, und das ist der Wiedereinstieg in die Atomkraft durch CDU und FDP, Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Auslöser.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Der Castortransport hat unter Aufbietung der bundesweiten Polizeireserven elf weitere Atommüllbehälter ins niedersächsische Wendland gebracht. Er hat aber auch alte Gräben wieder aufgerissen und vertieft. Und es ist völlig unnötig gewesen, dass Sie dies getan haben.

(Zuruf von der CDU)

Das war kein Castortransport wie jeder andere.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

Es war der größte Protest. Die Medien sprechen von einem Rekordprotest. Nie war der Protest gegen die Atompolitik so konzentriert. Union und FDP haben Zehntausende zum friedlichen Protest auf die Straße getrieben. Sie haben es zu verantworten.

(Zuruf von Werner Jostmeier [CDU])

Sie haben es zu verantworten, dass für Ihren schmutzigen Deal mit der Atomwirtschaft ein befriedeter Konflikt wieder aufgebrochen wurde. Das ist schlicht und ergreifend ein Vergehen an dem politischen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Der rot-grüne Ausstiegsbeschluss war ein Fortschritt und hat die Atomfrage weitgehend in den Hintergrund gedrängt.“

Das sagt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg. Er hat sich – etwa im gestrigen Morgenmagazin – auch klar zur Gewaltbereitschaft geäußert. Er hat bestätigt, dass es Gewalt gegeben hat, aber er hat genauso klar ausgeführt, dass der größte Teil der Atomgegner nicht nur friedlich war, sondern sich darüber hinaus bemühte, positiv auf andere Demonstranten einzuwirken.

Er hat ebenso dargestellt, dass sich unsere Polizei von der Politik nicht ausreichend unterstützt fühlt. Hierzu ein klares Wort an den Kollegen Rickfelder, der gestern so eine großartige Pressemitteilung hervorgebracht hat: Darin haben Sie sehr zu Recht den Polizisten für ihren besonnenen Einsatz gedankt. Diesem Dank kann ich mich im Namen der SPD-Fraktion nur anschließen. Aber eins muss Ihnen auch klar sein, Kollege Rickfelder: Diesen Einsatz hat doch Ihr Landesvorsitzender und Atomminister Röttgen den vielen tausend Polizisten erst eingebrockt. So ist es doch, Kolleginnen und Kollegen! Jetzt zu lamentieren, obwohl man es vor-

her verursacht hat, das ist hier schlicht und ergreifend der Punkt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Den Atomtransport hätte es auch unter Rot-Grün gegeben!)

Noch einmal: Die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung ist doch verantwortlich für die ganz überwiegend friedlichen Massenproteste gegen die aktuellen Castortransporte. Das ist doch der auslösende Grund.

Unsere Polizeibeamten müssen jetzt auf Kosten der Steuerzahler eingesetzt werden, unsere Polizisten müssen die Suppe auslöffeln, die Kanzlerin Merkel und Atomminister Röttgen ihnen eingebrockt haben. So einfach ist das.

Bezüglich des Themas „Lieferung nach Majak“, das wir heute unter Tagesordnungspunkt 4 behandeln, sollten wir vielleicht einmal den zuständigen Bundesatomminister in den Wirtschaftsausschuss des Landtags einladen, um darüber zu reden, wie denn ein solcher Vertrag, eine solche Genehmigung zustande kommen kann. Das ist ja eine spannende Geschichte; er kommt ja im Moment gerne hierher.

Herr Laumann, Herr Laschet, vielleicht vermitteln Sie doch einmal ein Gespräch des Landesvorsitzenden Röttgen mit dem Bundesatomminister Röttgen. Vielleicht kann der Landesvorsitzende dem Bundesminister bei der Gelegenheit erklären, welche negativen Auswirkungen die Laufzeitverlängerung ganz konkret für NRW hat. Mein Kollege André Stinka wird gleich ausführlicher darauf eingehen.

Ich komme zum Schluss. Schwarz-Gelb gefährdet den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland, der mit dem gesetzlich vereinbarten Atomausstieg vor zehn Jahren begründet wurde. Laufzeitverlängerungen hätten massive Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen in Bezug auf Sicherheitsfragen, auf den weiteren Betrieb der Atomanlagen in Gronau und Ahaus, auf die Wettbewerbssituation von kommunalen Unternehmen und Industrie, auf den Maschinen- und Anlagebau und, wie die aktuellen Castorproteste zeigen, auf die Notwendigkeit und das erforderliche Maß polizeilicher Sicherungsmaßnahmen.

Der Wiedereinstieg in die Atomkraft ist Gift für Investitionen in konventionelle, effiziente Kraftwerke, ist Gift für den Ausbau erneuerbarer Energien und ist Gift für die Wettbewerbssituation im Energiesektor. Vor allem aber ist der Wiedereinstieg in die Atomkraft Gift für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, den Sie mit Ihrer Art von Politik gefährden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Markert das Wort.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Verehrte anwesende Kolleginnen und Kollegen! Bis gestern haben im Wendland viele tausend Menschen gegen die schwarz-gelbe Atompolitik demonstriert. Allein am Samstag kamen zur größten Demonstration in Dannenberg mit 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehr Menschen als jemals zuvor. Die Bäuerliche Notgemeinschaft war mit 600 Traktoren vor Ort; es gibt übrigens im Wendland auch rund 600 Höfe. Es war also beinahe jeder landwirtschaftliche Betrieb vertreten. Das sage ich bewusst in Ihre Richtung, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, denn die bäuerlichen Anliegen sind Ihnen ja immer eine Herzensangelegenheit.

(Dietmar Brockes [FDP]: Uns auch!)

Das, was die drei Oberlobbyisten Merkel, Seehofer und Westerwelle mit den Atomkonzernen vereinbart haben, treibt die Menschen wie in Stuttgart generations- und parteiübergreifend massenhaft auf die Straße – und das bei fast winterlichen Temperaturen.

Ich möchte deshalb zu Beginn meiner Ausführungen die gesellschaftliche Bedeutung der Atomfrage betonen. Tatsache ist: Schwarz-Gelb hat einen gesellschaftlichen Großkonflikt, den wir befriedet hatten, wieder aufgebrochen.

(Manfred Palmén [CDU]: Befriedet?!)

Jetzt müssen Sie wieder Atomtransporte durchknüppeln lassen und sich bei der ungelösten Frage einer sicheren Einlagerung bei zunehmender Menge an Atommüll irgendwie durchwurschteln.

(Zuruf von der CDU: Wo sind denn Ihre Antworten, Herr Markert?)

Kollege Eiskirch hat die Ausführungen des Bundesatomministers hierzu schon eindrücklich verlesen.

Schauen Sie sich an, wo wir mit dem Müll bleiben: Die Asse? – Abgesoffen. Schacht Konrad? – Endlose Verzögerungen, was übrigens dazu führt, dass wohl auch beim Rückbau von Würgassen wieder zusätzliche Kosten auf NRW und den Steuerzahler zukommen werden. Und dann der absolute Knaller: Jetzt will der neue CDU-Vorsitzende und noch amtierende Bundesumweltminister Gorleben trotz gegenteiliger geologischer Gutachten alternativlos prüfen lassen. Was ist das eigentlich für eine angeblich ergebnisoffene Prüfung, für die es keinen Plan B gibt?

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Da freuen sich doch die Heroen ihrer unionsinternen Machtarchitektur, Herr Mappus in Baden-Württemberg und Herr Seehofer in Bayern, die gerne den

Atommüll in ihren AKWs produzieren, aber ihre Ton- und Granitformationen nicht prüfen lassen wollen.

Gorleben und dieser Atomdeal haben gezeigt: Sie machen offensichtlich Atompolitik nach Kassenlage. Das ist nichts anderes als organisierte Verantwortungslosigkeit. Das ist gemeinwohlschädigend, lobbyistisch und bürgerfern.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Jetzt wollen Sie auch noch abgebrannte Brennelemente nach Majak in das am meisten atomar verseuchte Gebiet der Erde bringen, aus – Zitat – „nicht verbreitungspolitischen Aspekten“, wie Herr Röttgen bereits vor einigen Tagen kundgetan hat. Heißt das denn, dass in Ahaus die Verbreitung und Proliferation des strahlenden Materials unmittelbar bevorsteht? Absurd! Aber auf die nukleare Russland-Connection kommen wir ja im Laufe des Tages noch zu sprechen.

Nun behauptet Herr Röttgen als neuer Strahlmann der CDU in medialer Dauerpräsenz, Rot-Grün hätte sich nicht ausreichend um die Energiewende gekümmert. Fragen Sie doch mal die Stadtwerke im ganzen Land, wie es um ihrer Investitionssicherheit bei den Erneuerbaren nach Ihrem Atomdeal mit den Energieoligopolisten bestellt ist! In Wirklichkeit verstopfen doch Ihre AKWs jetzt über Jahre weiter die Netze, und Sie richten ein ordnungspolitisches und wettbewerbspolitisches Desaster an.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Manfred Palmén [CDU]: Unsinn! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, Herr Brockes, schlagen Sie mal bei Walter Eucken nach!

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Seien Sie doch nicht so nervös! – Walter Eucken wollte Konzerne und Konzernverbände mit einer derartigen Marktmacht gar nicht erst entstehen lassen. – Aber bei Ihnen ist doch das Gegenteil der Fall. Sie pöppeln diese Konzerne doch geradezu – auf Kosten des Steuerzahlers und der Polizisten hier im Land, auf die Sie den neu entfachten gesellschaftlichen Konflikt einfach abladen.

Übrigens: Die maximale Jahresdosis von einem Milisievert für Polizeibeamtinnen und -beamte ohne Vorbelastung an Strahlenwerten ist bereits bei einem Aufenthalt von vier Stunden in der Nähe eines Castorbehälters erreicht, und dies bei den derzeitigen Abstandsregeln.

(Zurufe von der CDU)

Ja, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, fragen Sie doch auch mal bei der GdP hier in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen nach, was die von Ihrer Atompolitik halten. Annähernd 20.000 Beamtinnen und Beamte waren bei dem

Castortransport in Dannenberg im Einsatz. Das ist eine ganze Division mit Panzerwagen, Hubschraubern, Pferden etc., die Sie jedes Mal auf den Weg durch Deutschland schicken müssen.

Herr Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender, kritisiert – Zitat –, die Polizei werde zunehmend zu Erfüllungsgehilfen des politischen Machterhalts.

Und weiter sagt der GdP-Vorsitzende:

„Die intransparente, widersprüchliche und einseitig gönnerhaft erscheinende Politik der Regierung treibt die Bürgerinnen und Bürger zu Recht auf die Straße.“

Sie legen sich mittlerweile in der Atomfrage generationenübergreifend mit der Bevölkerung an. Aber generationenübergreifende Nachhaltigkeit stellen wir uns als Grüne bekanntlich anders vor. Wir wollen den Green New Deal und Sie den schmutzigen Atomdeal.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren von der CDU, richten Sie doch bitte Ihrem Landesvorsitzenden aus – wir können ihn ja hier nicht direkt ansprechen –, dass wir als Grüne im Landtag wie auch in der Bundestagsfraktion weiter Druck machen werden, damit Sie Ihre Atommüllverschieberei beenden, endlich einen ergebnisoffenen und bundesweiten Suchprozess nach einer sicheren Einlagerung einleiten und diesen schmutzigen Deal mit den Atomkonzernen zurücknehmen müssen.

Ich komme zum Ende. Allerspätestens 2013 entscheiden wieder die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land und nicht mehr die Konzerne. Das, was Sie permanent als verlängerte Brückentechnologie verkaufen, wird höchstens eine Brücke für Schwarz-Gelb in die Opposition. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Lienenkämper.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will Ihnen sagen, worum es bei der heutigen Aktuellen Stunde geht. Es geht um den untauglichen und kläglichen Versuch, im Landtag Nordrhein-Westfalen reine Parteipolitik zu machen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Diese Aktuelle Stunde ist aus einem einzigen Grunde von Ihnen beantragt worden: Seit Samstag ist Norbert Röttgen unser Landesvorsitzender, und Sie scheinen offenbar wegen Norbert Röttgen nervös zu sein, sonst würden Sie nicht solch einen Antrag stellen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ihnen gehen Parteiinteressen über die Interessen des Landes. Sie haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um Parteipolitik zu machen und nicht um den Interessen dieses Landes zu dienen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie sind in der gesamten Energiepolitik schon lange auf dem Holzweg.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist kein Holzweg, sondern ein Atomweg!)

Sie kritisieren und kritisieren und sagen nicht ein einziges Mal realistisch, was Sie wollen. Die Menschen werden von Ihnen Antworten und nicht nur Kritik verlangen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir dagegen wollen die effizienteste, die klimaverträglichste und die wettbewerbsfähigste Energieversorgung, die es weltweit in einem Energieland gibt.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Wir haben dazu ein Gesamtkonzept. Sie haben in Ihren Jahren unter Rot-Grün nicht ansatzweise ein finanziertes Gesamtkonzept zum Einstieg in die regenerativen Energien zustande gebracht. Wir wollen in die regenerativen Energien einsteigen. Wir wollen ins Zeitalter der regenerativen Energien, und wir können das bezahlen. Sie haben dazu keinerlei Beiträge geleistet.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Unser Ziel ist ein Anteil von 80 % durch erneuerbare Energien beim Strom. Unser Ziel ist die CO₂-Reduktion um mindestens 80 %. Und unser Ziel ist die 50%ige Reduzierung des Energieverbrauchs durch die Steigerung der Energieeffizienz. Das ist eine energiepolitische Revolution.

(Zuruf von der SPD: Revolution?)

Wir machen diese Revolution, weil sie dem Klimaschutz dient, weil sie wirtschaftlich vernünftig ist,

(Ulrich Hahnen [SPD]: Für die Konzerne!)

weil sowohl Verbraucher als auch Industrie die Strompreise weiterhin bezahlen können und weil die Modernisierung, die Erneuerung sowie die Prosperität in Deutschland dadurch gefördert werden.

Solch ein Gesamtkonzept zum Einstieg in regenerative Energien nennen Sie heute in der Begründung zu Ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde „Atompolitik“. – Sie sollten sich schämen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der CDU und von der FDP – Bärbel Beuermann [LINKE]: Nein, das tun wir nicht! Warum?)

Das ist keine Atompolitik; das ist – konkret und finanziert – der Einstieg in die regenerativen Energien. Das sind 60 konkrete Maßnahmen.

Ab 2013 werden Milliardenbeträge pro Jahr außerhalb des Haushalts dafür zur Verfügung gestellt. Sie hätten seinerzeit davon geträumt, dass ein Finanzminister so etwas mitmacht. Norbert Röttgen und die Bundesregierung haben das geschafft. Das ist ein ganz konkreter Erfolg, den wir einfordern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Jetzt sage ich Ihnen etwas zur Ehrlichkeit der Debatte und zur Atompolitik unter Rot-Grün. Die meisten der 17 Atomkraftwerke, die heute noch in Betrieb sind, sind auch unter SPD-geführten Regierungen vollbracht worden.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Auch das letzte Atomkraftwerk, das jetzt noch in Betrieb ist, Neckarwestheim, ist 1982 in Bau gegangen, also zu einer Zeit, als die Bundesregierung noch SPD-geführt war.

Ist das eigentlich ein Unterschied beim Atommüll? Ist das guter Atommüll, und anderer Atommüll ist schlechter Atommüll, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dürfen wir eigentlich Ihren Atommüll durch Deutschland transportieren und unseren nicht? Wo soll das eigentlich hinführen? Dürfen wir Ihren Atommüll zwischenlagern und müssen wir unseren endlagern? Das ist doch nicht zu Ende gedacht. Das ist eine verlogene Debatte.

(Beifall von Wolfgang Große Brömer [SPD])

Wir haben über 40 Jahre im Deutschen Bundestag eine Mehrheit für den Betrieb von Atomkraftwerk gehabt. Aus diesen 40 Jahren Betrieb erwächst eine sittliche, moralische und rechtliche Verantwortung, den Müll in Deutschland und nirgendwo anders endzulagern.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Deswegen muss ergebnisoffen weiter erkundet werden – auch in Gorleben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es ist nicht zu verantworten, dass wir diesen Müll unbearbeitet und ungesichert unseren Kindern vor die Füße werfen. Es ist politisch notwendig, sich dem schwierigen Thema des Endlagers zu stellen. Sie haben das in Ihrer Regierungszeit bewusst nicht getan.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber Bayern und Baden-Württemberg genauso! – Zuruf von den GRÜNEN: Asse!)

Sie haben zehn Jahre Moratorium verhandelt. Das sind zehn Jahre verantwortungsloser Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Bezeichnend ist – das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass Sie sich wegduckten, dass Sie zurückziehen und dass Sie in die Büsche abtauchen, wenn es unbequem wird. Das sehen wir gerade in Nordrhein-Westfalen an Datteln.

Wir lassen das Ihnen nicht durchgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie schaden dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen und den Arbeitsplätzen in unserem Land.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Im Übrigen – auch das will ich Ihnen heute noch sagen – hat zum ersten Mal Rot-Grün die Sicherheit in deutschen Atomkraftwerken mit dem Ergebnis zur Disposition gestellt, dass auf die Verbesserung der Sicherheitsanforderungen über die von Ihnen verhandelte Restlaufzeit verzichtet worden ist.

Sie haben weniger Sicherheit zur Verfügung gestellt, als möglich gewesen wäre. Ich lese Ihnen die Passage aus Ihrem seinerzeitigen Vertrag vor, der vom damaligen Bundesumweltminister Trittin unterschrieben wurde, gern vor:

(Zuruf von der CDU: Jetzt hören Sie zu!)

„die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern.“

Meine Damen und Herren, das ist Ihre Politik. Unsere Politik ist die Politik des höchstmöglichen zeitgerechten Sicherheitsstandards – unabhängig davon, was er kostet. Wir bringen mehr Sicherheit in die Anlagen; Sie haben Sicherheit zur Disposition gestellt. Sie sind so etwas wie Sicherheitsdealer.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Lachen von Arndt Klocke [GRÜNE])

Es scheint, gute und schlechte Transporte zu geben. Ich will Ihnen dazu etwas Aufklärung geben. Die SPD war bei zehn Castortransporten in der Bundesregierung,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Zum Ausstieg, nicht zum Wiedereinstieg!)

die CDU und die Grünen jeweils bei sechs Castortransporten.

Ich sage Ihnen, was Ihr damaliger Bundesumweltminister Trittin zu einem der guten Transporte gesagt hat, die unter seiner Regierungszeit gelaufen sind:

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das waren keine Wiedereinstiegs-, sondern Ausstiegstransporte! – Weitere Zurufe)

„Gegen diese Transporte sollten Grüne in keiner Form – sitzend, stehend, singend, tanzend – demonstrieren.“

Das sagte Trittin während Ihrer Regierungszeit. Weil es keine guten und keine schlechten Transporte gibt, sollten sich die einen oder anderen das noch ins Stammbuch schreiben lassen.

Abschließend sage ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ihnen ging es heute bei der Aktuellen Stunde ausschließlich um Parteipolitik; Ihnen ging es um die Diskussion über unseren neuen Landesvorsitzenden.

(Zuruf von der SPD: Sie überschätzen sich!)

Wir sagen Ihnen: Wir haben in Wahrheit mit unserem Energiekonzept ein Einstiegskonzept in die erneuerbaren Energien.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: In Atom! – Michael Aggelidis [LINKE]: Das ist die Unwahrheit, das wissen Sie!)

Sie fechten die alten, rhetorischen und ideologischen Kämpfe der Vergangenheit. Das wird nicht verfangen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind die Atompartei!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben gerade das Schauspiel einer Minderheitskoalition, die keine eigenen Themen hat

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber Sie – oder was?)

oder sich gerade in wichtigen Fragen nicht einigen kann und deshalb versucht, durch bundespolitische Themen abzulenken.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ei, ei, eil!)

Dieser Castortransport, der nicht durch Nordrhein-Westfalen gefahren ist und somit Nordrhein-Westfalen gar nicht direkt betroffen hat, ist als Ablenkungsmanöver aber völlig ungeeignet.

Dafür verdeutlichen Sie aber, dass Rot-Grün mit zweierlei Maß misst. Noch im Januar 2001 hat Jürgen Trittin, Herr Priggen, damals Bundesumweltminister – oder mit Ihren Worten: Bundesatomminister –, den Castorgegnern das Recht zum Demonstrieren einfach abgesprochen.

Weil die Zitate so schön und zeitlos sind, kann ich es Ihnen nicht ersparen, sie Ihnen nochmals zu Gehör zu bringen – ich zitiere –:

„Nur weil jemand seinen Hintern auf die Straße setzt, finden wir das noch nicht richtig ... Genau so verhält es sich mit Aktionen gegen die notwendige Rücknahme von Atommüll aus Frankreich. Hiergegen zu demonstrieren, hält der Parteirat – unabhängig von der Form des Protestes, ob durch Sitzen, Gehen oder Singen – für politisch falsch.“

Meine Damen und Herren, dies schrieb Jürgen Trittin am 28. Januar 2001 an die grünen Kreisverbände in Niedersachsen.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Interessant!)

Am Samstag, fast zehn Jahre später, sind die Grünen in der Opposition. Das ist sehr gut. Was macht Frau Roth – wenn auch nur kurz und möglichst medienwirksam für die Kameras? – Sie setzt sich auf die Straße.

Meine Damen und Herren, ich möchte es einmal mit den Worten von Herrn Trittin sagen: Nur weil Frau Roth ihren Hintern auf die Straße setzt, finden wir das noch längst nicht richtig.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Trittin macht in seinem Brief außerdem deutlich, dass eine Lagerung deutschen Atommülls in Frankreich rechtlich unzulässig und politisch inakzeptabel ist. – Das gilt auch 2010 und darüber hinaus. Das ist in Wirklichkeit eigentlich auch Konsens.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die versuchen, den Castortransport zu verhindern, müssen sich schon fragen lassen, ob sie die Lagerung deutschen Materials in Frankreich für richtig halten. Wollen wir das wirklich? Jedes Land, meine Damen und Herren, muss unseres Erachtens sein Material selbst entsorgen. Das gilt für Deutschland, Frankreich und auch für Russland.

Wir haben die Debatte über die Transporte von Ahaus nach Russland zwar erst später, aber schon jetzt will ich Ihnen sagen: Wir werden es nicht hinnehmen, dass russischer Atommüll in Deutschland gelagert werden soll. Herr Gabriel behauptet ja, es handele sich um deutschen Exportmüll. Dabei, liebe Kollegen von der SPD, müsste doch gerade dem Ex-Umweltminister klar sein, dass dieses Material russisches, in DDR-Forschungsreaktoren eingesetzt gewesenes Material ist und deshalb – aufgrund der internationalen Abkommen – zurück nach Russland gehört.

Meine Damen und Herren, ich will die moralisch überhöht argumentierenden Kollegen des linken Spektrums hier im Saal mit einem weiteren Zitat von Jürgen Trittin beglücken. Es stammt aus der

Bundestagsdebatte vom 15. Februar 2001. Ich zitiere Herrn Trittin:

Die Bundesregierung genehmigt Atomtransporte nicht aus Daffke. Die Bundesregierung genehmigt Transporte, wenn sie nötig sind. Sie genehmigt sie, wenn sie dazu international verpflichtet ist. Und sie genehmigt sie ausschließlich unter der Voraussetzung, dass die Sicherheit dieser Transporte gewährleistet ist.

Deshalb finden wir die Proteste gegen den jetzigen Rücktransport verständlich, aber in der Sache falsch. Da darf es kein Vertun geben.

So, meine Damen und Herren, Jürgen Trittin 2001.

(Beifall von der FDP)

Genau diese Argumentation nehmen wir heute für diese schwarz-gelbe Bundesregierung in Anspruch, meine Damen und Herren. Alles erfolgt nach Recht und Gesetz und unter der Voraussetzung der Sicherheit. Die hat die Polizei Vorbildlich gewährleistet.

Um es auch ganz klar zu sagen: Im Übrigen sprechen wir niemandem das Recht zur Demonstration ab.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie vertun sich aber, wenn Sie nach dem Motto „guter Castor, schlechter Castor“ den Eindruck erwecken wollen, Castor-Transporte seien nur dann notwendig, wenn die Grünen regieren. Damit machen Sie sich absolut unglaubwürdig.

Statt die Stimmung anzuheizen, wäre eine sachliche Debatte wünschenswert. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Sie den Mut aufbrächten und in der gleichen Klarheit wie 2001 sagten: Dieser Transport dient nicht dem unbegrenzten Betrieb von Anlagen; dieser Transport ist Folge der Abwicklung der Atomenergie. Denn so hat Jürgen Trittin die damaligen Transporte gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, keiner soll glauben, dass diese seit Langem geplanten Transporte nicht stattgefunden hätten, wäre die Laufzeitverlängerung nicht beschlossen worden. Der Castor-Transport ist unabhängig vom Ausstieg zu sehen.

Im Übrigen bleibt es auch unter der Verantwortung von Schwarz-Gelb bei der Abwicklung der Kernenergie und einer Begrenzung der Laufzeiten. Unabhängig davon müssen wir aber den Atommüll aus England und Frankreich zurücknehmen.

Aber statt Verantwortung zu übernehmen, heizen SPD und Grüne die Stimmung zusätzlich auf. Meine Damen und Herren, darüber, dass linke Politiker dieses Parlaments zu Straftaten aufgerufen haben, kann man ehrlich gesagt nur den Kopf schütteln.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Richtig lesen, bitte! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Lesen bildet!)

Es ist nicht nur unverantwortlich, Gleisbetten zu unterhöhlen und damit ein Entgleisen des Castors zu provozieren, sondern es ist auch töricht und gefährdet die Sicherheit unzähliger Menschen, meine Damen und Herren.

Außerdem habe ich nicht wahrgenommen, dass sich die Grünen vom sogenannten Schottern distanzieren hätten. Frau Roth zog sich lediglich auf den Standpunkt zurück, man habe ja auch nicht dazu aufgerufen. Meine Damen und Herren von den Grünen, das ist wirklich keine Position für eine Rechtsstaatspartei.

Ich komme zum Schluss: Ihr bürgerliches Mäntelchen, mit dem Sie allzu gerne wedeln, können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, jedenfalls nach diesem Wochenende an den Nagel hängen. Die Menschen in diesem Land werden Ihnen dies nicht mehr abnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die herrschende Meinung in der Jurisprudenz hält das Wegtragen von Schottersteinen aus Gleisbetten möglicherweise für strafbar. Es mag Richter geben, die das so sehen; es gibt aber auch Richter, die das anders sehen.

(Zuruf von der CDU: Nicht „möglicherweise“!)

Aber leider sieht unsere Rechtsordnung keine Sanktionen vor, wenn eine Regierung unter Umgehung des Parlaments und des Volkes, unter Missachtung des Demokratie- und des Rechtsstaatsprinzips in einer Nacht- und- Nebelaktion mit den Atomkonzernen einen Deal aushandelt, der diesen Megaprofite zuschanzt, während die Menschen in diesem Land unter der Sparpolitik zu leiden haben!

(Beifall von der LINKEN)

Das ist leider noch nicht strafbar. Die Wählerinnen und Wähler können erst bei der nächsten Bundestagswahl die richtige Antwort darauf geben, nämlich diese Bundesregierung dahin schicken, wo sie hingehört, in die Wüste. Ich hoffe, dass sie dort möglichst lange verbleibt – in der Opposition!

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von der LINKEN: Salzstock!)

Die Laufzeitverlängerung der AKWs um durchschnittlich zwölf Jahre hat ganz ohne Zweifel zu einer Renaissance der Anti-AKW-Bewegung geführt.

Diese Wiedergeburt einer Bewegung, die seinerzeit die etablierte Politik erschüttert hat, wird sie heutzutage noch mehr erschüttern.

Die Rahmenbedingungen sind heute andere als damals. Das ökologische Problembewusstsein hat weite Teile der Gesellschaft erfasst. Damals konnte man von manchen noch hören, atomare Strahlen seien egal, weil man sie weder sehe noch rieche. Damals – ich erinnere mich zum Beispiel an die Bewegung gegen den „Schnellen Brüter“ in Kalkar – gab es noch Leute, die meinten, ohne Atomkraft gingen die Lichter aus.

Heute ist das Wissen um die Gefahren der AKWs, um die Unlösbarkeit des Problems der Entsorgung von Atommüll und um die Alternativen bereits in den Grundschulen – fast hätte ich gesagt: in den Kindergärten – Gemeingut. Heute ist die große Mehrheit der Bevölkerung gegen die atomare Kraft. Die Regierung Merkel macht ohne Zweifel Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

(Beifall von der LINKEN)

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, brauchen keine Fachzeitschriften zu lesen. Sie brauchen sich nur die Nachrichten- und Wissenssendungen des „Kinderkanals“ anzuschauen – zum Beispiel „Wissen macht Ah!“ –, um Bescheid zu wissen. Der atomare Wahnsinn muss umgehend gestoppt werden.

Umweltminister Röttgen von der CDU hat gesagt, es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Laufzeitverlängerung für AKWs und dem Problem der Entsorgung des Atommülls. – Entschuldigen Sie bitte, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, ich möchte ungern der Übertreibung bezichtigt werden, kann ich es Ihnen aber nicht ersparen: Mit einer solchen Aussage würde heutzutage ein Zehnjähriger die Gymnasialempfehlung gefährden.

(Beifall von der LINKEN)

Wie denn auch nicht? – Mit der Laufzeitverlängerung verdoppeln und verdreifachen wir den bereits vorhandenen Atommüll, obwohl sich – das müssten Sie zumindest einräumen – bislang kein sicheres Endlager hat finden lassen. Ein Endlager müsste ja angesichts der Zerfallszeit der strahlenden Elemente für eine Million Jahre sicher sein – eine geradezu irrwitzige Vorstellung hier auf dieser unserer Erde. Zu behaupten, die Laufzeitverlängerung für die AKWs habe nichts mit dem ungelösten Problem der Entsorgung zu tun, ist dasselbe, wie zu behaupten, die gerissene Fahrradkette habe nichts mit dem wirkungslosen Strampeln des Radfahrers zu tun.

Herr Röttgen bedient auch das alte Märchen von der Atomkraft als Brückentechnologie. In der Bevölkerung wird die Atomkraft allerdings als Dinosaurier eines längst überholten Machbarkeitswahns angesehen. Die große Mehrheit will – ebenso wie die

Linken – das möglichst rasche Umsteuern auf die erneuerbaren Energien. Bei denen gibt es aber gerade wegen der Laufzeitverlängerung für AKWs schon jetzt einen enormen Investitionsstau von vielen Milliarden Euro, obwohl im Monatstakt immer bessere technische Lösungen in Sachen Windkraft und Solarenergie entwickelt werden.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Die Atomkraft ist keine Brücke zu den erneuerbaren Energien. Die weitere Energieproduktion durch Atomkraftwerke für viele Jahre ist vielmehr ein immenser Umweg beim Umsteuern auf erneuerbare Energien. Dieser Umweg gefährdet sogar die Klimaziele. Diesen Umweg können wir uns nicht leisten.

(Beifall von der LINKEN)

Schon der im Konsens mit den Energieoligopolisten seinerzeit unter der Ägide von SPD und Grünen ausgehandelte und auf Jahrzehnte gestreckte Ausstieg war – das kann ich Ihnen leider nicht ersparen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen – ein unverantwortlicher Umweg. Was die CDU/FDP-Bundesregierung jetzt gemacht hat, ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wissen auch, warum das geschieht: Mit Vernunft hat das nichts zu tun. Das ist eine Politik im Dienste der wirklichen Herren im Lande, der Herren vom großen Kapital. Deren Wille geschehe. Herr und Hund verkehrt herum: Der Konzernherr bellt, der Politiker kuschelt. – Heilig ist denen der Profit samt der Krumen, die für die dienstefrigen Erfüllungsgehilfen abfallen. Wir Linke halten dem entgegen: Unser Leben und das unserer Kinder und Kindeskinder ist mehr wert als euer Profit.

(Beifall von der LINKEN)

Ich mache den Kolleginnen und Kollegen von der Union und der FDP einen Vorschlag: Fahren Sie ins Wendland, und diskutieren Sie dort mit den Menschen,

(Dietmar Brockes [FDP]: Wir waren längst da! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Um Urlaub zu machen?)

die Jahre und Jahrzehnte CDU gewählt haben. Sie werden feststellen, dass die überwältigende Mehrheit dieser herausragend informierten Menschen die Atompolitik der CDU/FDP-Bundesregierung ablehnt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN – Ilka von Boeselager [CDU]: Armes Deutschland!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, dass sich die Bundesregierung mit der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke auf ein politisches Abenteuer eingelassen hat, für das keine gesellschaftliche Akzeptanz vorhanden ist und für das ihr letztendlich auch die politischen Mehrheiten fehlen werden. Denn zu der erforderlichen politischen Mehrheit gehört auch die Zustimmung des Bundesrates.

Ich sage ganz klar, dass die Landesregierung mit anderen Ländern das Bundesverfassungsgericht anrufen wird, wenn das Gesetz ohne Zustimmung des Bundesrates verkündet werden sollte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für den öffentlichen Widerstand gegen die Laufzeitverlängerung gibt es zahlreiche starke Gründe; ich möchte einige nennen.

Als ersten Grund führe ich das Thema „Sicherheit“ an. Meine Damen und Herren, mit der Laufzeitverlängerung bleiben Kraftwerke am Netz, die nicht dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Dass diese Anlagen wirksam nachgerüstet werden, will die Bundesregierung offensichtlich selbst nicht ernsthaft. Denn in dem Vertrag, den sie mit den Betreibern abgeschlossen hat, ist eine Deckelung enthalten: Übersteigen Nachrüstungskosten die Grenze von 500 Millionen € pro Anlage, muss der Betreiber nicht mehr in den Fonds einzahlen.

Was bedeutet das? – Entweder wird man sich bei den Nachrüstungsmaßnahmen an einer Obergrenze für die Kosten orientieren, oder die Finanzierung des Energie- und Klimafonds ist nicht mehr gesichert.

Zweitens. Durch die Laufzeitverlängerung wird die Endlagerproblematik dramatisch verschärft. Unter den bisher gültigen Rahmenbedingungen war bis 2040 mit rund 17.200 t wärmeentwickelnden atomaren Abfällen zu rechnen. Diese Menge erhöht sich nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz aufgrund der Laufzeitverlängerung auf rund 21.600 t. Der zeitliche Druck, das Endlagerproblem zu lösen, wird sich also, Herr Lienenkämper, zwangsläufig erhöhen.

Die Entscheidung, nicht den bestmöglichen Endlagerstandort durch eine ergebnisoffene Standortsuche zu ermitteln, sondern weiterhin nur auf den Standort Gorleben zu setzen, trägt zur Lösung des Problems nicht bei und wird die Stimmung weiter verschärfen.

Drittens führt die Laufzeitverlängerung dazu, dass verlässliche Rahmenbedingungen für dringend notwendige Investitionen in eine zukunftsorientierte Energieerzeugung fehlen. Und das gilt für alle Beteiligten, und zwar zunächst für die zahlreichen kom-

munalen Unternehmen, die in umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder hocheffiziente kommunale Gemeinschaftskraftwerke investiert haben oder investieren wollen. Diese Projekte leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und erhöhen die Intensität des Wettbewerbs in der Erzeugungsstufe.

Die Stromerzeugung aus diesen modernen Anlagen wird sich gegen die Erzeugungskosten abgeschriebener Großkraftwerke durchsetzen müssen. In der Regel wird sie sich nicht durchsetzen können. Das wissen die Betreiber selbst ganz genau.

Meine Damen und Herren, Rechtssicherheit wird es aber auch auf der Seite der Betreiber der Kernkraftwerke nicht geben, sei es aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes oder aufgrund einer Änderung der politischen Mehrheit oder weil inzwischen auch elf Stadtwerke Kartellbeschwerde bei der Europäischen Union eingelegt haben.

Die Betreiber sind sich dieses Risikos bewusst. Das zeigt der Vertrag mit der Bundesregierung, der ausdrückliche Regelungen für den Fall erhält, dass die Laufzeitverlängerung vom Gesetzgeber rückgängig gemacht werden sollte.

Meine Damen und Herren, wir alle wollen, denke ich, an den Zielen Klimaschutz und Versorgungssicherheit festhalten und einen entsprechend orientierten langfristigen Umbau unserer Energieerzeugung betreiben. Die Weichen für die hierfür notwendigen Investitionen müssen frühzeitig gestellt werden, und sie müssen zuverlässig sein. Die Laufzeitverlängerung verhindert beides.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird daher alles in ihrer Möglichkeit Liegende tun, damit es hierzu nicht kommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Rickfelder.

Josef Rickfelder (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es stimmt, dass die Grünen auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft sind, dann tun sie das wohl am liebsten mit Vollgas auf dem Trecker. Im Wendland ließ es sich keiner der Führungsleute von den Linken und den Grünen nehmen, einen Traktor zu besteigen, um für entsprechende Aufmerksamkeit zu sorgen.

Ich war am Wochenende auch im Wendland, aber nicht auf einem Trecker, sondern bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus unserem Land, darunter denen aus meiner Heimatstadt Münster. Ich habe dort mit ihnen gesprochen. Die Polizisten

fühlten sich ziemlich alleingelassen und waren froh, dass sich jemand aus der Politik vor Ort informierte.

Ich bin Polizist und habe jahrelang Polizisten fortgebildet. Ich kann mir, so glaube ich, von daher ein Urteil erlauben, was es heißt, einen solchen Transport unter derart aufgeheizten Umständen zu begleiten. Ich habe schwierige und angespannte Verhältnisse vorgefunden. Meiner Beobachtung nach haben die Polizeikräfte trotz des enormen Drucks und trotz der schwierigen Bedingungen besonnen und professionell reagiert.

(Bäbel Beuermann [LINKE]: Das haben die Fernsehbilder gezeigt!)

Meine Damen und Herren, ich denke, der Landtag sollte allen Polizeibeamtinnen und -beamten, die an der Castor-Strecke eingesetzt waren, seinen Dank aussprechen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie haben dafür gesorgt, dass ein rechtmäßig genehmigter und notwendiger Transport sicher an sein Ziel gelangen konnte.

Herr Minister Jäger, in einer Pressemeldung vom 28. Oktober werden Sie mit den Worten „Wir bieten jungen und motivierten Menschen eine qualifizierte Ausbildung für einen spannenden, attraktiven und krisensicheren Beruf“ zitiert. Herr Minister, ich frage mich allen Ernstes, was Sie und Ihre Landesregierung zur Motivation der Polizei an dieser Stelle beigetragen haben.

(Beifall von der CDU)

Vor Ort habe ich niemanden von Ihnen gesehen. Es waren zwar Politiker da, vor allem von den Grünen und den Linken; ob der Besuch allerdings der Meinungsbildung diene oder lediglich für pressewirksame Bilder sorgen sollte: Ich weiß es nicht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das war kein Besuch, das war eine Aktion!)

Im Übrigen – das möchte ich an dieser Stelle festhalten, Herr Sagel –: Im Landtag fallen Sie nicht mit besonderer Liebe zu den Landwirten auf. Oben im Wendland sind aber kein Bauer und kein Trecker vor Ihnen sicher.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie sehen – das ist der Unterschied zwischen uns –: Wir kümmern uns wirklich und zeigen Präsenz. Rot-Grün hingegen kümmert sich nicht um die Polizei, sondern nutzt den Transport nur für öffentlichkeitswirksame Bilder. Die Polizei weiß die CDU an ihrer Seite. Ich habe auch nach meinem Besuch volles Vertrauen in die von der Einsatzführung getroffenen Entscheidungen. Sie hat nach meiner Beobachtung angemessen und differenziert über die eingesetzten polizeilichen Mittel entschieden.

Wie Sie, Herr Michalowsky, dazu kommen, hier die kühne Behauptung aufzustellen, die Polizei be-

kämpfte das Demonstrationsrecht mit Granaten, das müssen Sie erst einmal erklären.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Sie können nicht erwarten, dass die Polizei es hin nimmt, dass Sie zu Straftaten aufrufen, und dass sie dies, ohne zu handeln geschehen lässt.

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Es geht nicht darum, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren. Jeder ist frei in seiner Meinung und kann sie kundtun. Dies ist ein hohes und wichtiges Gut, und das muss von der Polizei geschützt werden.

Wir sagen daher: Wer friedliche Protestaktionen für gewalttätige Exzesse nutzt, muss mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden.

(Beifall von der CDU)

Wir, die CDU, sind stolz auf unsere Polizei in Nordrhein-Westfalen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lienenkämper, Herr Rickfelder, gerade weil uns die Menschen wichtig sind – Sie versuchen, das wegzudrücken –, plädieren wir dafür, dass Menschen nicht in solche Aktionen reingezogen werden, weil vorher der gesellschaftliche Konflikt durch eine unehrliche Atompolitik heraufbeschworen wird, die durch Sie betrieben wird. Wenn es uns um die Polizisten geht, dann geht es darum, dass sie nicht den Kopf für Hinterzimmerdeals

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

und für eine völlig verfehlte Politik hinhalten müssen, die Sie hier betreiben.

Herr Lienenkämper, bei allem Respekt: Dass wir hier nur wegen Herrn Röttgen den Antrag stellen, weise ich zurück. Nein: Es geht um die Menschen, die Menschen, die Sie nicht mehr gewählt haben, weil Sie nicht wissen, was im Land los ist. Sprechen Sie einmal mit den Menschen! Dann werden Sie das erfahren.

Herr Lienenkämper, Sie haben beiläufig den Holzweg erwähnt. – „Holzweg“ ist Wertschöpfung; das haben Sie bis heute nicht begriffen. Sie haben den Biomasseausbau, den Windkraftausbau blockiert und sprechen wenige Monate, nachdem Sie die Regierung mit 8 Millionen t mehr CO₂-Ausstoß verlassen haben, vom schlüssigen Energiekonzept und gar von Revolution. Ich bin sehr skeptisch, ob das eine Revolution ist.

(Beifall von der SPD)

Die Menschen sind wütend und sauer, weil sie wissen, dass die Laufzeitverlängerung zu mehr Atommüll beiträgt. Deshalb brechen sie in Proteststürme aus. Es verwundert, dass der zuständige Fachminister Röttgen, der CDU-Landesvorsitzender ist, das wider alle Kenntnisse, wider alles technische Verständnis auch noch leugnet. Das macht die Leute sauer.

Herr Rickfelder, Sie kommen aus dem Münsterland. Wir werden die Castortransporte haben. Sprechen Sie mal mit den Leuten in Ahaus, wie es vor Ort aussieht. Ich möchte mich als Münsterländer nicht für eine REGIONALE 2016 bewerben, die auf Wertschöpfung und Tourismus setzt, während wir gleichzeitig mehr Castortransporte durch die Gegend jagen. Das ist keine nachhaltige Politik, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn hier darüber lamentiert wird, dass wir ein Endlager suchen müssen, dann fragen Sie mal in Bayern und Baden-Württemberg nach, wie hoch da die Neigung ist, den Müll zu übernehmen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gute Frage!)

Sie geht gen null, Kolleginnen und Kollegen. Sorgen Sie dort erst einmal dafür, dass für die Sache eingetreten wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es wird immer gesagt, wir sollten uns konkret äußern. Was konkret blockiert der Entschluss, die Laufzeiten zu verlängern? – Den Wettbewerb auf dem Energiemarkt. Sie alle haben Post von Stadtwerken bekommen, die sich seit Jahren im Bereich erneuerbare Energien und auch des Fernwärmeausbaus engagieren. Ich bin gestern noch in Köln-Niehl gewesen. Sie sind doch für Wirtschaft und Volkswirtschaft. In Niehl wird ein neues Gaskraftwerk mit Fernwärmeauskopplung gebaut. Die Berechnungen beruhen aber auf dem Vertrauen darauf, dass der Atomausstieg kommt, sonst sind die Dinge schwierig und kostenträchtig.

Sprechen Sie mit den Leuten bei den Stadtwerken, mit denjenigen, die Sie durch § 107 blockiert haben. Er behindert Investitionen; der Minister hat es ausgeführt. Wir wollen die Energieversorgung dezentralisieren und bauen auf neue Netze, neue Energietechniken. Um das zu organisieren, muss vorher Geld verdient werden. Das teilen Sie den Leuten nicht mit.

Die Laufzeitverlängerung, die Sie auf Bundesebene beschlossen haben, die den Bundeshaushalt durch die Brennelementesteuer entlasten wird, belastet aber die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und das Land zusätzlich. Somit können die Kommunen vor Ort auch viele wichtige Aufgaben nicht mehr erledigen.

Die Laufzeitverlängerung blockiert den Ausbau von erneuerbaren Energien – das wissen Sie, und das weiß auch die Bundesregierung nach ihrem Gutachten –, weil die Kraftwerke unflexibel sind und nicht auf Stromschwankungen eingehen können. Wir alle haben davon gesprochen, Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Speichertechnologien investieren müssen. Sie verhindern wesentlich den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Zu der Mär vom Klimaschutz, der dadurch weiter nach vorne kommen würde: Sie wissen sehr wohl – das haben Sie in diesem Hause lange abgelehnt –, dass wir dem Emissionshandel unterliegen. Die Strommengen werden nur verteilt. So bleiben alte Kohlekraftwerke am Netz und tragen dazu bei, dass der CO₂-Ausstoß in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik weiter steigt. Sie tun nichts für den Klimaschutz. Das haben Sie in Nordrhein-Westfalen nicht geschafft, und sie schaffen es auch auf Bundesebene nicht. Revolutionsgequatsche hin oder her: Das wird nicht funktionieren, Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Zum Abschluss: Dass Sie sich wundern, wenn die Leute auf die Straße gehen, hat auch damit zu tun, dass Sie nicht verstehen, dass man für solche Projekte Akzeptanz braucht. Ich finde es richtig, dass die rot-grüne Landesregierung für Akzeptanz gerade für Industrieprojekte wirbt. Akzeptanz, Kolleginnen und Kollegen, lässt sich nicht kaufen, man muss sie sich erarbeiten.

(Manfred Palmén [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Sie ist wichtig. Die Währung für Akzeptanz ist das Vertrauen der Menschen und dass man sich an Verträge hält. Das haben Sie schändlich missbraucht, und dann wundern Sie sich über solche Proteste.

(Beifall von der SPD)

Ich bin Ministerpräsidentin Kraft dankbar, dass die Landesregierung im Gegensatz zum CDU-Landesvorsitzenden nordrhein-westfälische Interessen – der Menschen, der Wirtschaft und der Kommunen – wahrnimmt und in Leipzig erneut Klage gegen ein Verfahren einreichen wird, bei dem das Vertrauen der Menschen mit Füßen getreten wird, indem man das Verfahren am Bundesrat vorbeileitet. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Eiskirch,

Sie haben zu Beginn der Debatte vorgetragen – Zitat –: Gewaltbereite Chaoten unterstützt niemand in diesem Haus. Die Opposition trägt dafür keine Verantwortung. – Ich nehme an, mit Opposition meinen Sie die in Berlin. Herr Eiskirch, Sie sind leider kein Mitglied des Innenausschusses. Erkunden Sie sich mal bei Ihren Kollegen. In der letzten Innenausschusssitzung lief über die Handys und BlackBerrys eine Erklärung von Frau Conrads, Fraktion Die Linke. Darin hat sie sich solidarisch mit den Demonstrationen

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Im Wendland!)

im Wendland erklärt. – Danke.

Ich habe mich dann gemeldet und ihr zunächst gesagt: Frau Conrads, bei Ihrer Erklärung fehlt mir das klitzekleine Wörtchen „gewaltfrei“. – Warum erzähle ich Ihnen das? – Die Reaktion von Grünen und SPD zu dieser Frage waren Zwischenrufe: breites Bündnis!

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Deshalb, Herr Eiskirch, ist Ihre Erklärung eher inhaltsleer; denn niemandem in der Bundesrepublik Deutschland ist das ideologische Augenzwinkern bei den Grünen, den Linken und der SPD verborgen geblieben.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ist eine genehmigte Demonstration schon Gewalt? – Bärbel Beuermann [LINKE]: Hört, hört!)

Herr Merkert von den Grünen ...

(Zuruf: Markert!)

– Herr Markert, Entschuldigung. So viel Zeit muss sein.

Sie haben vorgetragen – ich zitiere –: Die Regierung knüppelt Atomtransporte durch.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Sie haben keine Silbe davon hören lassen, dass es um das Grundrecht der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit geht, für das der Staat – die Polizei und die Sicherheitsdienste, vor allen Dingen aber die Polizei des Bundes und der Länder – zuständig ist. Die Ordnungskräfte vor Ort helfen bei der Verwirklichung dieses Grundrechts. Das hätte ich von Ihnen erwartet. Aber aus ideologischen Gründen tun Sie das natürlich nicht.

Dann haben Sie, Herr Markert, bei Ihrem Wording in ein Wörterbuch oder in ein Tagebuch gegriffen; da kann ich nur mit dem Kopf schütteln. Sie haben hier weiter vorgetragen, dass die Polizei mit Panzerwagen sozusagen eine ganze Division in Marsch setze. Ich sage Ihnen: Die Polizei in NRW und auch in Deutschland hat keine Panzerwagen. Prüfen Sie einmal Ihre Wortwahl.

Sie von der Linken, von der SPD und von den Grünen sprechen ja ständig vom Widerstand. Inflationär sprechen Sie vom Widerstand. Herr Markert, in Deutschland hat der Begriff „Widerstand“ eine ganz tiefe Bedeutung. Das ist etwas ganz anderes als das, was wir bei den Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland

(Beifall von der FDP und von der CDU)

nach dem Krieg erleben. Das ist etwas ganz anderes. Schämen Sie sich, diesen Begriff permanent inflationär zu benutzen! Sie beschädigen damit die, die in der Nazizeit wirklich Widerstand geleistet haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das kann man nicht gleichsetzen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das ist eine Frechheit, Herr Engel! Tut mir leid! Ich denke, Sie sollten einmal überlegen, was Sie von sich geben! – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Brandstifter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beide Redner der Koalition der Minderheit haben hier nicht eine einzige Silbe hören lassen, dass sie sich bei der Polizei bedanken. Herr Rickfelder von der CDU hat das gemacht. Sie hätten sich hier – das erwarten wir auch – bei der Polizei bedanken müssen. Denn sie hat dazu beigetragen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie nicht zugehört?)

dass dort das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausgeübt werden konnte

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

und dass die Demonstration im Prinzip friedlich geblieben ist, obwohl nach Angaben der Demonstrantenorganisation über 1.000 Verletzte auf der Seite der Demonstranten zu beklagen waren und 131 Polizeibeamte verletzt waren.

Ich sage an dieser Stelle für unsere Fraktion: Herzlichen Dank an die Polizei für diesen Einsatz!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da wiederholen Sie das, was Herr Eiskirch gesagt hat! Sie müssen zuhören!)

Ich wünsche ihnen gute Besserung, dass sie möglichst bald wieder

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wünschen Sie das auch einmal den Demonstranten!)

polizeidienstfähig werden und dass sie dann wieder ihrem ganz normalen Dienst, der an allen Ecken und Kanten notwendig ist, nachgehen können.

Herr Aggelidis, Ihnen sage ich noch etwas zum Thema „Schottern“.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Engel, die Redezeit.

Horst Engel (FDP): Sie haben ja infrage gestellt, ob damit Straftaten verbunden seien. Dazu sage ich wie auch im Innenausschuss: Schauen Sie sich das einmal an und lassen Sie sich da einmal aufklären! Vom 111a Strafgesetzbuch – Aufruf zu Straftaten – bis zu den 350ern und 360ern werden hier Straftaten erfüllt, sogar schwerste Straftaten. Wer sich vom Schottern nicht distanziert,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat das denn gesagt?)

worum ich Frau Conrads im Innenausschuss gebeten habe, der ist einer, der diese Dinge mit Augenzwinkern unterstützt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Herr Engel, Sie tun mir leid!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Als Nächster hat für Bündnis 90/Die Grünen Herr Markert das Wort.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Herr Lienenkämper, Sie haben beklagt, dass diese Aktuelle Stunde – von SPD und Grünen beantragt – ein Ränkespiel für parteipolitische Interessen wäre. Ich frage mich dann allerdings – den Ball gebe ich einmal zurück –, was dann dieser schmutzige Deal mit den Atomkonzernen anderes ist als ein Bedienen parteipolitischer Interessen.

(Ralf Witzel [FDP]: Schmutzig ist, dass Sie Ängste bei Menschen schüren, um dann daraus Kapital zu schlagen! – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Da sollten wir doch in diesem Hohen Hause ehrlich miteinander sein. Dass man politische Auseinandersetzungen führt und dass das möglicherweise auch parteipolitische Interessen einschließt, betrifft uns doch alle. Deswegen sollten wir an der Stelle abrüsten.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Dann geht es ja bei der gesellschaftlichen Spaltung zu recht auch immer um die Frage, wo wir mit dem Müll, den wir hier bei der energetischen Nutzung nuklearen Materials erzeugt haben, bleiben.

Für uns als Grüne – das will ich Ihnen sagen – ist es in der Abfallpolitik immer so, dass man den Müll, den man macht, auch wieder entsorgen muss. Das gilt auch für Nuklearmüll, den wir natürlich überhaupt nicht erzeugen wollen. Das gehört dann auch

zur Ehrlichkeit dazu, dass nämlich Ihr schmutziger Deal dazu führt, dass der bereits vorhandene Müll, bei dem keiner weiß, wohin damit, noch verdoppelt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist das, was in der Gesellschaft die Leute auf die Straße treibt, dass Sie nicht den Entsorgungsnachweis führen, weil Sie auch keine ehrliche Debatte an der Stelle führen. Denn wenn Geologinnen und Geologen zu dem Ergebnis kommen, Salzgesteine wie in Gorleben seien nicht geeignet für die Einlagerung,

(Zuruf von der CDU: Das muss doch erst einmal geprüft werden!)

und gleichzeitig ausführen, dafür bräuchte man Tongesteine, Granitgesteine, dann fände ich es auch ein Stück weit ehrlich, wenn Ihr neuer Strahlemann, der Landesvorsitzende der CDU, auch wirklich ergebnisoffen eine Prüfung durchführen würde und dann auch bitte in Bayern und in Baden-Württemberg, wo der Müll produziert wird und wo es diese Gesteine gibt.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, ich komme noch dazu.

Dann will ich Ihnen auch etwas zum Begriff „Endlagerung“ sagen. Ich halte diesen Begriff – Herr Döschner, der bekannte Redakteur vom WDR, hat sich heute Morgen ja auch schon dazu ausgelassen – in der Tat für einen irreführenden Begriff.

Es geht nicht um eine Endlagerung. Denn bei diesem Material, das einen Spaltprozess hat über viele, viele Jahre, der ja im Prinzip weit über die menschliche Geschichte hinausreicht, können Sie nicht von Endlagerung reden. Worüber wir hier reden, ist die sichere Einlagerung. Dazu gehört dann auch die Rückholbarkeit.

Also lassen Sie uns diesen Nebelkerzenbegriff der „Endlagerung“ vermeiden. Es ist so schön, wenn etwas endlich und weg ist und keiner es mehr sieht. Nein, es geht um die Einlagerung, um es möglichst sicher zu gestalten, damit die nachfolgenden Generationen, die ja nun einmal diese Erblast zu tragen haben, möglichst breit geschützt werden. Das zum Thema „Endlagerung“.

Einen Ort für die Einlagerung findet man natürlich leichter, wenn man in der Gesellschaft einen Konsens erreicht, der heißt: Ausstieg aus dieser Technologie, die nicht zu verantworten ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich will auch noch etwas zum Thema „Vertragstreue“ sagen. Ich habe mich schon gewundert, dass die Energiekonzerne, mit denen Sie da einen Vertrag gemacht haben, zwar immer für sich in Anspruch nehmen, dass sie Vertragstreue für ihre ei-

gene Planungssicherheit brauchen, es aber offensichtlich von den politischen Mehrheiten abhängig machen, wann sie einen Vertrag wieder aufkündigen. Das muss man den Konzernen an geeigneter Stelle – spätestens nach 2013 – dann auch um die Ohren hauen. Man muss ihnen sagen: Ihr müsst auch für die andere Seite der vertragschließenden Parteien vertragstreu sein. Das gehört auch zu einer ehrlichen Debatte.

Ich komme zu Ihnen, Herr Engel. Sie sollten sorgfältig zitieren. Ja, ich habe von Divisionen gesprochen. „Division“ ist ein militärischer Begriff. Er umfasst 10.000 bis 20.000 Einheiten, also 10.000 bis 20.000 Menschen. Insofern halte ich den Begriff in der politischen Debatte nicht für falsch. Es waren 20.000 Menschen im Einsatz.

Ich kann mich aber nicht erinnern, den Begriff „Widerstand“ in dieser Debatte verwendet zu haben. Zum Begriff des Widerstandes brauchen Grüne und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Hause aber keine Belehrungen von einer Partei in der Tradition von Jürgen W. Möllemann.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es bleibt dabei: Wir Grünen sehen den schmutzigen Atomdeal sehr kritisch. – Wir vernehmen von Ihnen, von Ihrem neuen Strahlemann und Landesvorsitzenden Röttgen, keine Antwort auf die Frage der Einlagerung. Wir stellen fest, Sie spalten weiterhin die Gesellschaft. Sie haben keine Konzepte und werfen Nebelkerzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unglaublich dreist! Für Sie kommt der Strom einfach aus der Steckdose!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Linke blockiert die Atomtransporte, die CDU ist hauptsächlich damit beschäftigt, Herrn Röttgen zu blockieren – das ist die Realität. Wenn man sich ansieht, was Herr Röttgen in Berlin mittlerweile durchgesetzt oder – besser gesagt – nicht durchgesetzt hat, kann man nur sagen, der größte Looser in Berlin ist Herr Röttgen. Wenn das hier in NRW für die CDU so weitergeht, kann ich nur sagen: Gute Nacht, CDU! – Wenn man bedenkt, wie erfolgreich dieser Mann ist, haben Sie gute Aussichten für die Zukunft.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

– Ja, ich sage aber auch noch ein paar andere Dinge.

Man muss auch ein paar Sätze zu den Grünen sagen. Es ist schon erstaunlich, wenn sich Frau Roth

öffentlichkeitswirksam von den Schotterern distanziert und die Grüne Jugend auf der anderen Seite zum Schottern auffordert. Das ist interessant. Diese grüne Doppelmoral findet man heute übrigens auch in der „taz“. In der heutigen Ausgabe heißt es zum Beispiel, dass das Kraftwerk Grohnde laut Koalitionsvertrag in Bielefeld bis 2018 – bzw. bei einer Laufzeitverlängerung durch eine Änderung der Beschlusslage bis zum Laufzeitende – genutzt werden soll. In Berlin spricht Frau Roth vom Ausstieg und in der Bielefelder Koalition von SPD, Grünen, FDP wird eine Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Grohnde beschlossen. So viel zur grünen Doppelmoral.

Lassen Sie mich zu Herrn Trittin auch noch einen Satz sagen. Herr Trittin sagte damals sehr deutlich, man solle Castoren nicht blockieren. Vorher sollte man Castoren natürlich blockieren. Ich habe schon damals gesagt, Herr Trittin hat nicht alle Tassen im Schrank. Die hat er heute übrigens immer noch nicht im Schrank. Deswegen darf er sich in Ahaus auch nicht sehen lassen. Dort wird er nämlich maximal ausgebuht.

Vor fünf Jahren habe ich übrigens beim Castor-Transport von Rossendorf nach Ahaus auf der Straße gegessen. Ich bin auch verhaftet worden. Das werden Sie nun wahrscheinlich ganz toll finden.

(Beifall von der CDU)

– Genau, auf den Beifall habe ich schon gewartet.

Ich habe dagegen geklagt, verhaftet worden zu sein. Siehe da, das Gericht hat mir Recht gegeben. Es war nämlich eine genehmigte und rechtmäßige Demonstration.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Ich habe vor Gericht Recht bekommen. Das ist die Realität. So viel dazu, wie man Ihre Rechtsauffassung hier erlebt.

Ich sage weiterhin: Konsens ist Nonsens. – Was ist den letzten Jahren passiert? Ich zitiere wieder einmal die „taz“, weil die „taz“ als grünennahe Zeitung immer ganz interessant ist. In dem Artikel „Konsens oder Nonsens“ aus dem Jahr 2009 kann man lesen:

Bisher konnte die deutsche Atomindustrie mit dem Atomkonsens gut leben. Die 2002 von der rot-grünen Regierung mit den Unternehmen getroffene Vereinbarung hat ihnen in den letzten Jahren einen ungestörten Betrieb ihrer Reaktoren ermöglicht. Die im Gegenzug vereinbarte Begrenzung der Laufzeiten hatte bislang nur wenig Konsequenzen. Tatsächlich stillgelegt wurden mit Stade und Obrigheim nämlich nur zwei vergleichsweise kleine Atomkraftwerke. Alle übrigen Reaktoren sind – sofern sie nicht wegen Störfällen oder Wartung heruntergefahren sind – weiterhin am Netz. Das macht deutlich: Konsens ist Nonsens.

Jetzt werden Sie wieder argumentieren, dass ich damals auch zu den Grünen gehört habe. Ich habe schon auf dem damaligen Parteitag sehr deutlich gesagt, dass dieser Konsens Unsinn ist. Konsens ist Nonsens.

(Beifall von der LINKEN)

Nun kommen Sie wieder mit einer Laufzeitverlängerung. Das ist ein Fehler, den Rot-Grün leider damals schon gemacht hat. Den Atomkraftwerken wurden damals schon für einen viel zu langen Zeitraum die Betriebsgenehmigungen und die Laufzeitverlängerung gewährt. Das gehört auch zur Wahrheit. Das muss man auch so deutlich sagen.

Fakt ist, wir werden vermutlich in Kürze auch in Nordrhein-Westfalen Castor-Transporte erleben. Diese völlig hirnrissigen Transporte, die damals von Rossendorf nach Ahaus stattgefunden haben, sollen jetzt von Ahaus nach Russland fortgesetzt werden. Sie sollen in die Plutoniumfabrik Majak führen, die seit 1957 als die gefährlichste Region der Welt gilt, weil dort alles atomar verseucht ist. Das macht deutlich, wie hirnrissig das Vorhaben ist. Die Transporte wurden damals übrigens auch von Jürgen Trittin genehmigt, Umweltminister der Grünen. Wir haben das auch damals gesagt. Deswegen habe ich damals auch gegen diesen Unsinn auf der Straße gesessen. Ich habe schon damals gefragt, was der Mist in Ahaus soll; er hat in NRW überhaupt nichts verloren. Jetzt soll dieser ganze hochradioaktive strahlende Müll nach Russland gebracht werden. Was für eine Hirnrissigkeit dieser Politik! Leider waren SPD und Grüne nicht ganz unbeteiligt daran.

Ich sage Ihnen nur eines: Wir müssen und werden als Linke demnächst auch wieder in Ahaus auf der Straße sitzen. Ich bin sehr gespannt, ob man Sie auch dort sieht. Diese Demonstrationen sind zulässig. Es wurde mir gerichtlich bestätigt. Die Bußgeldbescheide gegen mich und 142 andere Leute wurden zurückgenommen. Das ist die Realität. Blockieren hilft. Rauf auf die Straße! Sie sind im Unrecht.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Sie haben eben den alten rhetorischen Leitsatz beherzigt: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. – Ich bitte Sie, die Bilder in Zukunft so zu wählen, dass sie den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechen.

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist erkennbar, dass die Debatte – gerade wie sie vonseiten der CDU und FDP hier im Hause geführt wird – doch daran

krankt, nicht zu erkennen, wo die ureigenen Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen liegen und warum es notwendig ist, nicht nur heute im Parlament zu diskutieren, sondern die aktuelle Debatte breit, öffentlich und dauerhaft zu führen.

Wir haben nicht nur die Frage zu beantworten – darauf warten die Menschen im Lande –: Was ist die Perspektive für das Zwischenlager in Ahaus? Wir haben auch die Frage zu beantworten: Wo sind die Möglichkeiten für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Wir sind ein Industrieland und wollen diesen Standort stärken und ausbauen. Dafür braucht es nachhaltige Perspektiven, die in Richtung Klimaschutz gehen.

Hier wird deutlich, dass diese Perspektiven durch die aktuellen Beschlusslagen der Bundesregierung und des Bundestages verstellt werden. Deshalb liegt es im ureigenen Interesse des Landes, des Parlaments, diese Fragen hier und heute zu diskutieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn was passiert, was erleben wir zurzeit? Überall wird unter den Vorzeichen des Klimaschutzes davon gesprochen, dass wir einen neuen Aufbruch brauchen. Der ehemalige Bundespräsident hat von einem Aufbruch für eine neue grüne industrielle Revolution gesprochen. Aber ich sehe zurzeit keinen Aufbruch. Stattdessen gibt es Hinterzimmergemäusel; das können Sie offensichtlich. Aber es geht darum, auch öffentlich dafür einzustehen und darüber zu diskutieren, was Sie hier verursachen, dass wir nämlich vor den Scherben einer Politik stehen, für die Sie verantwortlich sind.

Wir haben keinen Aufbruch. Nein, wir haben Agonie, wir haben Widerstand in der Bevölkerung, wir haben die Rückkehr zu alten Grabenkämpfen. Das ist schädlich für unseren Standort, für eine neue Perspektive und für einen gemeinsamen Aufbruch, wie wir ihn eigentlich in diesem Land brauchen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es gibt schon einen deutlichen Unterschied.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie schüren in infamer Weise die Spaltung der Gesellschaft!)

Denn Sie verwechseln Äpfel mit Birnen, wenn Sie auf die Zeit von 2000 bis 2005 und die damalige Debatte verweisen. Die rot-grüne Bundesregierung hatte einen klaren Plan für die Befriedung dieser immens wichtigen gesellschaftlichen Frage.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das Erste war ein vereinbartes und absehbares Ziel, aus dieser nicht verantwortbaren Technologie gesetzlich abgesichert auszusteigen.

Das Zweite gehört auch zu dem Plan und wird von Ihnen unter den Tisch fallen gelassen. Das war der Beschluss, auf Zwischenlager zu setzen, in der Tat

Zeit zu gewinnen und ein Moratorium zu erlassen, um in dieser Zeit die Endlagerfrage zu klären.

Zur geschichtlichen Wahrheit gehört aber auch, dass es die CDU-regierten Bundesländer waren, die sich einer solch breiten Suche nach einem Endlager nicht angeschlossen haben. In der Arbeitsgruppe, die damals von der Bundesregierung eingeladen worden ist, haben Sie sich verweigert. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Ich habe eben eine gewisse Öffnung bei Herrn Lienenkämper festgestellt. Sie haben gesagt, man müsse auch in Gorleben nach einem Endlager suchen. Vielleicht können Sie dazu noch einmal Stellung nehmen, denn das ist eine interessante Wendung. „Auch in Gorleben“ heißt aber: an anderen Standorten. Das unterscheidet sich deutlich von der Position der Bundesregierung und von Ihrem Parteivorsitzenden, der gesagt hat: Gorleben ist alternativlos. – Wenn das aber alternativlos ist, brauche ich nicht mehr zu prüfen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Die Menschen bringt auf die Palme, dass wir in diesem Land nicht nach Alternativen suchen, dass es keine breite Suche nach einem Endlager gibt, um in dieser Frage eben auch zu einem Abschluss zu kommen. Das treibt die Menschen auf die Straße. Das muss diskutiert werden. Gott sei Dank gibt es in Ihrer Partei auch Menschen wie den Bundestagspräsidenten, der sagt, dass es nicht richtig ist, diese ganzen Fragen einfach durchzupeitschen.

Es ging nämlich Schlag auf Schlag: am 6. September die Hinterzimmerverabredung mit den Energiekonzernen, am 28. September der entsprechende Kabinettsbeschluss und am 28. Oktober dann die Verabschiedung der Novelle. Das ist nicht das, was wir unter einer breiten gesellschaftlichen Debatte verstehen, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es ein Unterschied, ob es um das Ende, den Ausstieg einer Technologie und um die Bewältigung von schon sehr viel Atommüll – ein Kollege hat von 17.000 t gesprochen –, von hochgefährlichem Material, geht, oder ob es darum geht, noch über ein Viertel zusätzlich zu diskutieren und auch das unterzubringen. Hierin liegt ein deutlicher Unterschied. Deshalb ist es richtig, dass die gesellschaftliche Debatte geführt wird und wir gemeinsam einen breiten Widerstand gegen eine solche Politik diskutieren.

Es geht darum, diesen Spuk, den Sie verursacht haben, den Unfrieden, den Sie in die Gesellschaft getragen haben, möglichst schnell zu beenden. Deshalb ist es richtig und notwendig, an vielen Stellen – hier im Parlament, aber auch außerhalb des Parlaments – zu diskutieren und alles dazu beizu-

tragen über die anstehenden Wahlen in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg und dann auch im Bund, diese Politik so schnell wie möglich zum Wohle des Landes und zum Wohle der Menschen zu beenden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Geerlings das Wort.

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man spät redet, hat man den Nachteil, dass schon vieles gesagt ist,

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

aber gleichermaßen den Vorteil, dass man ein Zwischenfazit ziehen kann.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Mein Zwischenfazit, und ich glaube, das von vielen Anwesenden, lautet: Ihr Antrag von Rot und Grün ist ein reiner Showantrag, der anderes zum Gegenstand hat, aber nicht das, was inhaltlich notwendig ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf: So ist es!)

Worum geht es Ihnen bei diesem Antrag? Es ist eben schon angeklungen: Sie haben allein das Ziel, unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Bundesumweltminister, unseren neuen Landesvorsitzenden, Dr. Norbert, Röttgen, anzugreifen. Ihnen geht es nicht um die Inhalte, sondern allein darum, die Bundesregierung zu attackieren. Das ist ein Thema, für das das Land nicht zuständig ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ach!)

Warum versuchen Sie es nicht einmal anders? Sagen Sie doch einmal „Danke“ an Norbert Röttgen, „vielen Dank“ dafür, dass er ein allumfassendes Energiekonzept vorgelegt hat,

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

das erstmalig alle Punkte der Energiepolitik aufgreift, dass alle Punkte mit sich bringt, dass klar zum Ziel formuliert hat, dass es 80 % an erneuerbaren Energien geben soll und dass wir den Weg gestalten wollen, wie wir dorthin kommen und eine gute und vernünftige Energiepolitik für Deutschland machen können. Daran denken Sie nicht. Darüber diskutieren Sie nicht. Sie könnten auch sagen: Wir beteiligen uns an dieser Debatte.

Wir haben klare Ziele formuliert, die Bundesregierung hat klare Ziele formuliert. Sie dagegen haben

nichts formuliert. Sie hatten die Chance, unter Rot und Grün ein solches Konzept vorzulegen. Das haben Sie nicht getan und sind heute – das kann ich verstehen – sauer, so eines nicht zu haben. Stattdessen wollen Sie allein ein Thema thematisieren, nämlich die Atompolitik der Bundesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot, Grün und Dunkelrot, ich nenne das reinen Populismus. Das ist keine inhaltliche Diskussion. Daher sollten Sie sich eher den inhaltlichen Diskussionen zuwenden. Populistisch auch deswegen, weil auch unter Rot und Grün Castortransporte stattgefunden haben. Da waren es gute Transporte – das klang bei der Kollegin eben an –, da waren es keine schlechten Transporte. Aktuell konnten wir in „Berlin direkt“ sehen, dass Frau Roth im Jahr 2001 sehr gereizt reagiert hat, dass Demonstranten sie als Verräterin und anderes beschimpft haben. Da war sie nicht bereit, Journalisten zur Verfügung zu stehen, im Gegensatz zu heute. Heute ist sie als Erste dabei, sich zu äußern, ist gut gelaunt, singend und lachend, wie es eben von Lutz Lienenkämper zitiert wurde. Ich nenne das: Fähnchen im Wind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Grün, im Jahr 2001 haben Sie einen Sicherheitsdeal in Bezug auf den Atomausstieg abgeschlossen, übrigens – das sei in dem Zusammenhang auch einmal erwähnt – ohne Beteiligung des Bundesrates. Ich halte das nicht für verantwortungsvoll, ganz im Gegenteil. Sie haben dabei mit den Sicherheitsinteressen des Landes gespielt.

Verantwortungsbewusst dagegen ist es, sich Gedanken darüber zu machen, wo der Atommüll gelagert werden muss. Den Atommüll gibt es bereits seit 40 Jahren. Übrigens sind Atomkraftwerke hauptsächlich oder fast ausschließlich unter Helmut Schmidt initiiert worden. Von daher muss man sich verantwortungsbewusst auch darüber Gedanken machen, wohin mit diesem Müll, und kann nicht die Augen einfach davor verschließen, wie es damit weitergeht.

Warum haben Sie heute nicht die Chance genutzt, sich einmal klar von gewaltvollen Demonstrationen zu distanzieren? – Sie könnten sich auch solidarisch, wie der Kollege Rickfelder eben erklärt hat, mit den Polizistinnen und Polizisten, die einen tollen Einsatz geleistet haben, erklären.

Niemand hat etwas gegen friedliche Demonstrationen. Unsere Verfassung sieht zu Recht dieses wichtige Menschenrecht und Grundrecht in unserem Land vor.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Aber gegen Schottern und anderes haben wir schon etwas und sollten auch etwas haben.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Was ist denn „anderes“?)

– Herr Sagel. – Die Linkspartei hat wieder einmal ihr Verhältnis zum Rechtsstaat und zur Gewalt offenkundig dargetan. Das wird auch dadurch nicht besser, wenn Sie immer zwischenrufen. Sie haben ganz klar zum Schottern aufgerufen. Das sind nicht nur, wie es in dem Flyer heißt, Verstöße gegen das Zivilrecht, sondern das sind auch ganz klare Verstöße gegen das Strafrecht, und so etwas muss geahndet werden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihre Politik, von Rot, Grün und Dunkelrot, ist ohne Verantwortung. Die Bundesregierung handelt mit ihrer Politik verantwortungsbewusst und im Interesse der Menschen dieses Landes. Und das ist auch gut so. Sie wollen allein Parteipolitik machen und nehmen das zum Anlass, hier zu Themen zu streiten, weil Sie sonst keine anderen haben. Schauen Sie sich die Tagesordnung an. Sie sehen dort kaum Anträge oder Gesetzentwürfe. Stattdessen müssen wir hier Bundesthemen diskutieren und uns Gedanken darüber machen. Ich nenne das reines Ablenkungsmanöver und nichts anderes. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber Sie machen Politik für die Bürger, oder was?)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Geerlings. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch etwas zu drei Punkten. Bei diesen Protesten, die wir in den letzten drei Tagen erlebt haben, hier im Rückblick auf 2001, ganz besonders den Grünen, aber insgesamt all denen, die für den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland sind, zu sagen, wir würden in gute und schlechte Atomtransporte unterscheiden – Kollege Lienenkämper hat damit angefangen; die Redner der Opposition haben das fortgeführt –, ist eine Unverschämtheit. Wir reden darüber, dass es Atomtransporte gibt, die Ausstiegstransporte sind, und Atomtransporte gibt, die wiederum Einstiegstransporte sind. Das ist der Unterschied, Kolleginnen und Kollegen, der im ganzen Land und in der Bundesrepublik wahrgenommen wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist eben kein Castortransport wie jeder andere.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der Unterschied ist: Dies sind Transporte, die fortgeführt werden, nachdem Sie entschieden haben, und zwar in Hinterzimmern, dass Sie den Wiedereinstieg in die Atomindustrie, den Wiedereinstieg in die Atomkraft in der Bundesrepublik Deutschland

wollen. Dann ist es natürlich klar, dass sich die Menschen verschaukelt fühlen und auf die Straße gehen, Kolleginnen und Kollegen. Das zum Ersten.

Zum Zweiten. Es ist schon spannend, dass Herr Röttgen, im Gegensatz zur Schweiz, die in der Lage ist, drei verschiedene Standorte parallel zu prüfen – übrigens wie die meisten europäischen Staaten im Bereich Granitstein –, als einziger glaubt, er müsse nur einen, und dann auch noch einen Salzstandort prüfen, und meint, alles andere könne man machen, wenn sich erwiesen haben sollte, dass das nicht der richtige sei. Das ist gegenüber denjenigen, die betroffen sind, nicht fair und das ist nicht fair, um möglichst schnell zu einer Lösung in der Endlagerfrage zu kommen. Denn uns allen ist doch klar, dass man die Situation, wie sie im Moment ist, beenden muss. Dass man nicht die Traute hat, sich mit denjenigen anzulegen, die die größten Profiteure vom Wiedereinstieg in die Atomkraft sind, ist unerhört von Ihrem Landesvorsitzenden, um das noch einmal deutlich zu machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und ein dritter Punkt: Der von mir manchmal durchaus geschätzte Bundestagspräsident Norbert Lammert – wir kommen aus der gleichen Heimatstadt –, zumindest rhetorisch öfter geschätzt, hat deutlich gemacht, dass er den Weg der Gesetzesfindung im Bundestag für eine Zumutung hält, und der deutlich gemacht hat, dass diese Arbeit nicht seinen Anforderungen an ordentliche Gesetzgebungsarbeit entspricht. Da geht es um den Weg dahin, aber es geht auch um die Frage der Beteiligung des Bundesrates.

Ich will Ihnen deutlich sagen: Der damalige niedersächsische Ministerpräsident, Christian Wulff, hatte schwerwiegende rechtliche Bedenken an der Stelle, ob eine Umgehung des Bundesrates in dieser Frage zulässig ist. Als Bundespräsident ist er zweifels- ohne jemand, der seinen Worten der Vergangenheit Bedeutung beimisst. Insofern wird er sich – ich bin mir sicher – sehr genau überlegen, ob er einem Gesetz, das auf einem unzumutbaren Wege, wie Bundestagspräsident Lammert sagt, zustande gekommen ist, seine Unterschrift geben soll. Wenn er das nicht tut, dann ist das eine kluge Entscheidung. Wenn er das tut, wird es eine Normkontrollklage – die wird es ohnehin geben, aber vielleicht ist sie ja überflüssig – vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geben.

Ich bedanke mich bei der Ministerpräsidentin dieses Landes, dass wir als Nordrhein-Westfalen nach vorne gehen und andere den Weg mitbeschreiten: zu prüfen, ob eine Gesetzgebung, die so zustande gekommen ist, gegen den Willen der Menschen in Deutschland am Bundesrat vorbei realisiert werden kann. Wenn schon so viele in Ihren Reihen das anzweifeln, glaube ich und hoffe ich sehr, dass auch das Bundesverfassungsgericht zu dieser Überzeugung kommt. Dann gibt es wieder Ausstiegstrans-

porte, dann können wir wieder in einer anderen Art und Weise miteinander darüber reden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Weitere Wortmeldungen zur **Aktuellen Stunde** liegen nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, sodass ich diese hiermit **schließe**.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3 Streit in der Landesregierung endlich beenden, klares Signal für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen setzen!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/473 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für den ersten Antragsteller Herrn Kollegen Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte ruft den ersten sichtbaren Großkonflikt der Minderheitsregierung, der bis heute schwelt, in Erinnerung. Ich will dazu kurz einige Zitate bringen.

Frau Ministerin Schulze sagte am 27. Oktober – enthalten in der „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ vom 28. Oktober –: „Wir müssen deutlich machen, dass wir die Industrie brauchen, dass wir Technik brauchen, dass wir die CO-Pipeline brauchen.“ Herr Minister Voigtsberger wird in der „Rheinischen Post“ vom 25. Oktober wie folgt zitiert: „Die CO-Pipeline ist notwendig.“ Und weiter: „Ja, das moderne, effiziente Kraftwerk ist ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.“

(Rüdiger Sagel [LINKE]: „Zum Klimaschutz“ steht da!)

Dann gab es einen Rüffel von Frau Löhrmann und von Frau Kraft. Er sei zur Rede gestellt worden, wird geschrieben, scharf kritisiert worden. – Herr Voigtsberger, ich muss sagen: Das tut mir leid, denn Sie haben recht.

Im Ausschuss in der vergangenen Woche dann viel Schweigen, Nebelkerzen!

(Ministerin Sylvia Löhrmann lacht.)

– Dass Sie Herrn Voigtsberger jetzt auch noch auslachen, finde ich nicht angemessen, Frau Löhrmann.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ich lache Sie an!)